

Die Welt nach dem 11. September

■ Stellungnahme der GRÜNEN Ratsfraktion zu den Terroranschlägen in den USA

Der 11. September – ein Tag unvorstellbaren Terrors

Die USA wurden am 11. September von den schwersten Terroranschlägen in ihrer Geschichte erschüttert.

Die GRÜNEN sind bestürzt und entsetzt über die Anschläge auf die USA, die viele tausend unschuldiger Menschen das Leben gekostet haben. Unsere ganze Trauer gilt den Opfern der Anschläge, unser Mitgefühl den Angehörigen und Hinterbliebenen.

Es ist ein Anschlag auf die offene Gesellschaft überhaupt. Die Tat und die Täter spotten der Freiheit und der Demokratie, indem sie die Verwundbarkeit offener Gesellschaften demonstrieren.

Reaktionen in Wuppertal

Auch in Wuppertal fanden viele Zusammenkünfte zum Gedenken an die Opfer statt: die BürgermeisterInnen riefen zu einer Kundgebung auf, auf die Rathausstufen wurden Blumen gelegt, Kerzen zum Gedenken angezündet, es wurden ökumenische Gottesdienste durchgeführt, in denen für die Opfer und für Frieden gebetet wurde und es wurde mehrfach aufgerufen, sich zu Schweigeminuten zusammenzufinden. In den ersten Tagen nach dem Terrorangriff auf die USA wurden die allermeisten Sitzungen städtischer Gremien ausgesetzt. Am 15.09.01 fand vor dem Verwaltungshaus Elberfeld eine Demo statt.

Durch diese Aktivitäten haben Menschen in Deutschland und in vielen anderen Staaten Mitgefühl und Solidarität mit den Opfern und Angehörigen in den USA gezeigt. Diese menschliche Solidarität beugt zugleich einem Gefühl in der amerikanischen Bevölkerung vor, allein gelassen und zum Alleingang gezwungen zu sein. Diese Brücken der Solidarität über den Atlantik müssen weiter gepflegt werden.

Demokratie und Toleranz

Nach der ersten Sprachlosigkeit ist nun breite politische Klärung und Verständigung dringend erforderlich.

Falsch sind Schnell-Interpretationen und pauschale Schuldzuweisungen. Wo die arabische Welt, der Islam nun zum Sündenbock und Feind der "westlichen Zivilisation" erklärt werden, wird dadurch gerade der "Kampf der Kulturen" gefördert, den die Terroristen offenkundig wollen. Das ist brandgefährlich!

Äußerst wichtig ist, dass sich Politik und Medien gegen die Versuchung stemmen, Stimmung gegen "die" Muslime und "die" Araber zu machen, diese auszugrenzen und zu Feinden zu erklären. Bundespräsident Rau, die Bundesregierung und verschiedene Medien arbeiten intensiv und überzeugend gegen

Vergeltung – Bestrafung – Rache; wie werden USA und NATO reagieren?

Ausgrenzungsversuche und rufen gerade jetzt zum verstärkten interkulturellen und interreligiösen Dialog auf. Dazu können und müssen auch alle WuppertalerInnen beitragen.

Gerade in Wuppertal wurden in der Vergangenheit und aktuell eine Vielzahl von Aktivitäten im Rahmen der Initiati-

ve "Demokratie und Toleranz" durchgeführt. Dazu gehören multikulturelle Veranstaltungen, Projektwochen, verschiedene Projekte gegen Rechtsextremismus, gegen Gewalt und gegen Ausgrenzung. Während der am 22. September unter dem Motto "Rassismus erkennen, Farbe bekennen", beginnenden Woche

der ausländischen MitbürgerInnen haben die WuppertalerInnen Gelegenheit, sich mit den schrecklichen Ereignissen und deren möglichen Konsequenzen auseinandersetzen. Der Rat der Stadt hat sich vor einem Jahr (18.09.2000) deutlich für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage ausge-

sprochen, sich von intolerantem, gewaltbereitem und undemokratischem Handeln distanziert und der Verwaltung zahlreiche Projektideen für Aktionen gegen rechtsextremistische Gewalt und Ausländerfeindlichkeit gegeben. Für uns WuppertalerInnen gilt jetzt erst recht: Wir bekennen Farbe für Demokratie und Toleranz.

Wir stehen solidarisch als WuppertalerInnen zusammen; egal, welcher Hautfarbe oder Staatszugehörigkeit. Mit großer Sorge sehen wir steigende Tendenzen, dass vor allem Muslime verdächtigt werden, radikale Fundamentalisten zu sein. Schon ist zu konstatieren, dass es nicht bei verbalen Verdächtigungen bleibt. Wir lassen es nicht zu, dass ein feiger Anschlag auf die USA von einigen dazu genutzt wird, unsere Bemühungen um ein friedliches Wuppertal zunichte zu machen.

Internationale Besonnenheit ist das Gebot der Stunde

Wir befinden uns in einer dramatischen Ausnahmesituation. Daher ist es jetzt außerordentlich wichtig, Besonnenheit zu wahren. Es darf nicht zu Überreaktionen kommen. Die Spirale der Gewalt muss durchbrochen werden.

Die USA haben gegenüber diesem Angriff auf ihre Bürger und Institutionen das Recht auf Selbstverteidigung gemäß der UN-Charta. Der UN-Sicherheitsrat bekräftigt in seiner einstimmigen Resolution vom 12.9.01 ausdrücklich dieses Recht, verurteilt die Terroranschläge als "Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit" und fordert "alle Staaten dringend zur Zusammenarbeit auf, um die Täter, Organisatoren und Förderer dieser Terroranschläge vor Gericht zu stellen, und betont, dass diejenigen, die den Tätern, Organisatoren und Förderern dieser Handlungen geholfen, sie unterstützt oder ihnen Unterschlupf gewährt haben, zur Verantwortung gezogen werden."

Fortsetzung Seite 2

Guten Tag!

Liebe LeserInnen, es fällt uns schwer, angesichts des Terroranschlages in den USA den Alltag zu bewältigen. Der Schock sitzt uns allen in den Gliedern. Zu unerträglich war die Tat, unbegreifbar groß die Zahl der Opfer. Wir hoffen jetzt auf die Besonnenheit der internationalen Politik. Die Opfer und die Angehörigen brauchen unsere ganze Solidarität. Das amerikanische Volk erfährt den Beistand des Großteils der Welt; wir hoffen, dass keine unbesonnenen Reaktionen erfolgen.

KURZ & klein

Mural Global

Die ersten fertiggestellten Bilder, die im Rahmen des weltweiten Wandmalprojekts MURAL GLOBAL zur Agenda 21 erstellt wurden, waren jetzt in einer Ausstellung im Düsseldorfer Landtag zu sehen. Das Projekt MURAL GLOBAL, eine Initiative von Farbfieber aus Düsseldorf, ist ausgewählt worden als "Offizieller deutscher Beitrag für das Internationale Jahr der Vereinten Nationen 2001, Dialog zwischen den Kulturen". Gefördert wird es in NRW ganz wesentlich aus Bereichen der GRÜNEN Ministerien, nämlich Eine-Welt-Politik und Stadtentwicklung. Zu sehen war auch das Wuppertaler Wandbild. Ein wesentlicher Aspekt war hier der Stadtteilbezug. KünstlerInnen aus Wuppertal (Heinz Velten, Andreas Junge, Peter Otto Kuhn) und Matagalpa, unserer Partnerstadt in Nicaragua (Julissa Moncada Lopez, Jorge Morales) erstellten ein Wandbild in der Simonstraße. Im November ist ein ähnliches Projekt in Matagalpa geplant. Schülerinnen der Grundschule "Am Hombüchel" und des "Colegio San Rafael" in Matagalpa (eine bestehende Schulpartnerschaft) werden 2001 mit dem Wuppertaler Künstler Heinz Velten ein Projekt erarbeiten, bei dem es darum geht, Völkerverständigung und friedvollen Umgang der Menschen miteinander auf einer Schwebebahn darzustellen. Weitere Informationen gibt es unter www.farbfieber.de.

Café Wuppertal

Am 22. 09.2001 veranstaltet der Städtepartnerschaftsverein Wuppertal-Matagalpa mit Borussia Wuppertal im Stadion am Zoo eine Verkaufsaktion für fair gehandelten Kaffee aus Matagalpa. Das Projekt geht zurück auf einen im Dezember 1998 von der GRÜNEN Ratsfraktion eingebrachten Antrag "Wupper-Kaffee aus Matagalpa", der von allen Fraktionen unterstützt wurde. Das Kaffee-Projekt soll neben der Soforthilfe aus Wuppertal langfristige Hilfe für Matagalpa leisten und ist gleichzeitig ein Beitrag zur Lokalen Agenda 21. Die auf dem Weltmarkt stark gefallenen Kaffeepreise haben verheerende Auswirkungen auf Nicaragua. In der Region Matagalpa wurden 80 Prozent der Landarbeiter entlassen. Die Bauern in Matagalpa erhalten einen garantierten Mindestpreis für den fair gehandelten Kaffee uns sind damit weniger vom Weltmarktpreis abhängig. Wir bitten alle WuppertalerInnen, einen Beitrag zur Hilfe in unserer Partnerstadt leisten, indem sie Kaffee aus Matagalpa kaufen. Eine Möglichkeit besteht am 22.09.01 im Stadion am Zoo.

Zukunft des Schwimmsports?

■ Perspektiven der Schwimmoper

Der Umbau der Schwimmoper zu einem Aerospace-Center auf dem Johannisberg scheint bereits jetzt schon festzustehen, genauso wie die Schließung des Kurbades.

Eine entsprechende Grundsatzentscheidung trafen die CDU & SPD in der Sitzung des Sportausschusses am 18.09.01. Damit wird sich das Schwimmbadangebot in Wuppertal so dramatisch reduzieren, dass u.a. beträchtliche Auswirkungen auf den Schulschwimmsport zu erwarten sind. Auf einer Podiumsdiskussion der GRÜNEN Ratsfraktion am 12.06.01 erklärte die Vertreterin des Schulsportes noch, dass schon heute in einigen Schulen die Kinder nur maximal 15 Minuten in der Woche mit dem Wasser in Berührung kommen. Daher ist es aus unserer Sicht verwunderlich, dass bereits in den Sommerferien ein neues Positionspapier vom Ausschuss für den Schulsport erstellt wurde, das die Umwidmung der Schwimmoper nicht

mehr in Frage stellt. Als Ersatz für Schwimmoper und Kurbad soll ein neues Bad gebaut werden. Ein Standort ist jedoch noch nicht gefunden. Auch die Vertreter der Schwimmvereine wurden schnell mit der Aussage ins Boot geholt, dass die Wasserfläche nicht kleiner werden darf, als bisher Schwimmoper und Kurbad aufbringen. Daraufhin gaben sie ihre Zusage zu einem Neubau. Dann war da noch die Interessengruppe, die den Wiederaufbau des Schwimmleistungszentrums auf Küllenhahn mit der Sanierung der Schwimmoper gekoppelt hatte und dafür eine breite Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger bekam. Von den Initiatoren um ihren Sprecher und heutigen Bürgermeister der CDU Peter Jung hat man nach der Eröffnung des Schwimmleistungszentrums auf Küllenhahn nichts mehr gehört; wo bleibt ihr Einsatz für die Schwimmoper? Von politischer Glaubwürdigkeit keine Spur! Bleibt noch der Förderverein Schwimmoper, der sicherlich damals nicht zum Fördern von Inaktivität gegründet worden ist. Bis auf den uner-

müdlischen wirkenden Schwimmfreund Ingo Gehring hört man von keinen Aktivitäten zum Erhalt der Schwimmoper. Dabei hätte es die Talsohle so nötig, aufgewertet zu werden. Das haben auch die bundesweit tätigen Stadtplaner, die im Regionale 2006 Prozess eingebunden sind, erkannt und haben rund 50 Projektentwürfe vorgestellt, die von Vohwinkel bis zum Heckinghauser Gaskessel die Talsohle aufwerten sollen. Ob da ein einziges Schwimmbad für rund 200.000 EinwohnerInnen aus den beiden größten Wuppertaler Stadtteilen Barmen und Elberfeld ausreicht? Tatsache ist aber auch, dass die Zahl der Schwimmbad-BenutzerInnen derzeit rückläufig ist. Dies gibt den Finanzpolitikern in den großen Fraktionen neue Argumente, über die Schließung eines weiteren Bades nachzudenken. Aber Hauptsache, das Hallenbad mit den in den letzten Jahren mit Abstand niedrigsten Besucherzahlen wird nicht geschlossen, es deckt ja immerhin den Bedarf für nicht einmal 23 000 BürgerInnen ab, liegt aber im Stadtteil Ronsdorf, einer CDU Hochburg.

Die Welt ...

Fortsetzung von Seite 1

Äußerungen der US-Regierung, einen „monumentalen Kampf gegen das Böse“ zu führen geben uns ebenso Anlass zur Sorge, wie das Kanzler-Versprechen „uneingeschränkter Solidarität“ die wörtlich genommen nur blind sein könnte. Die Rechnung der Terroristen, die auf eine Eskalation der Gewalt setzen, darf nicht aufgehen. Glaubwürdig ist rechtsstaatliche Demokratie nur, wenn sie bei der Ermittlung und Bestrafung der Täter ihre eigenen Prinzipien nicht verletzt. Krieg hingegen nützt weder den Opfern des Terrors noch ist er ein geeignetes Mittel zur Verhinderung oder Eindämmung des Terrorismus. Deshalb lehnen wir eine Beteiligung der NATO und Bundeswehr an einem solchen Krieg ab. Wir stimmen Javier Solana zu, der bei seiner Forderung nach Schritten gegen Regierungen oder Staaten, die den Terrorismus unterstützen, zu bedenken gegeben hat, „dass diese nicht die Ansichten der Mehrheit der Bevölkerung vertreten. Es handelt sich nicht um Demokratien.“ Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie innerhalb der NATO darauf hinwirkt, dass keine Eskalation gefördert wird. Eine wirksame Bekämpfung von Terrorismus ist letztlich nur möglich, wenn auch die gesellschaftlichen und politischen Probleme gelöst werden, die ihm zu Grunde liegen. Dazu gehört in erster Linie eine rasche politische Lösung des Nahostkonflikts, die den legitimen Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt. Sicherheit ist erst dann gegeben, wenn die Sicherheit des anderen gewährleistet ist. Sicherheit ist heute weniger denn je militärisch, sondern muss vor allem sozial, kulturell, ökonomisch und politisch begriffen werden. Sicherheit ist letztlich eine Frage der Gerechtigkeit. Auch die sozio-ökonomischen Ungleichheiten in der Welt, die sich in den letzten Jahren wieder verschärft haben, bilden einen Nährboden für Gewalt. Sie zu bekämpfen ist integraler Bestandteil einer wirksamen Strategie gegen den Terrorismus. Daher kommt dem Engagement für eine Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, Demokratie, Menschenrechten, Geschlechtergerechtigkeit und umweltgerechtem Verhalten eine noch größere Bedeutung zu als je zuvor.

Kunstszene protestiert

■ Die Schließung der Kunsthalle Barmen erst der Anfang?

Der Verwaltungsvorschlag, die Kunsthalle im Haus der Jugend in Barmen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zu schließen, hat die Wuppertaler Kunstszene alarmiert.

Zurecht befürchten die KünstlerInnen, den einzigen angemessenen öffentlichen Ausstellungsort zu verlieren, in dem regionale Kunst präsentiert werden kann. Wichtige Ausstellungen wie die Jahresschau, die Biennale oder auch die Projekte der Bergischen KünstlerInnengruppen könnten nicht mehr stattfinden. Dies würde zwangsläufig zur weiteren Abwanderung Wuppertaler KünstlerInnen führen, einer Tendenz, der die Stadt eigentlich mit allen Mitteln entgegenwirken sollte. Denn das kreative Potential ist für die Stadtentwicklung von zentraler Bedeutung. Auf Initiative der KünstlerInnen-

verbände und -gruppen fanden Diskussionsveranstaltungen statt, wo auch die Kulturpolitik Stellung beziehen sollte. Einhellig versicherten die VertreterInnen aller Fraktionen, dass sie sich für den Erhalt der Kunsthalle einsetzen werden. Um so erstaunlicher dann die Reaktion im Kulturausschuss, als es darum ging, diese Lippenbekenntnisse auch per Beschluss zu bekräftigen. Dort wurde als Reaktion auf die KünstlerInnenproteste von Petra Lückerrath für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein Antrag mit folgendem Wortlaut eingebracht: 1. Die Kunsthalle im Haus der Jugend wird nicht ersatzlos geschlossen. 2. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Nutzerinnen und Nutzern des Hauses der Jugend eine Konzeption zu erarbeiten, die die unterschiedlichen Bedürfnisse der Bereiche Kunst und Jugend berücksichtigt. 3. Die geplante Gebäudesanierung wird schnellstmöglich be-

gonnen. Hierbei soll geprüft werden, in wie weit die bereits von Studentinnen und Studenten erstellten Entwürfe für die Eingangsgestaltung berücksichtigt werden können, um die Planungskosten zu senken. Dieser GRÜNE Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt, wie auch die inhaltliche Diskussion über das Thema. Beschlossen wurde ein kurzfristig mündlich formulierter Antrag, der die Entscheidung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen vorschlägt. Wie auch schon beim letzten Haushalt, soll offensichtlich wieder keine inhaltliche Beratung im Fachausschuss stattfinden, sondern hinter verschlossenen Türen in sogenannten Spitzengesprächen entschieden werden. Dies gilt dann auch für die anderen unerfreulichen Einsparvorschläge, wie z.B. die Zuschusskürzung für das Forum Maximum im Rex oder bei den Bühnen. Der kulturelle Kahlschlag hat in Wuppertal begonnen!

Immer weniger WuppertalerInnen

■ Ist in 100 Jahren die Stadt menschenleer?

Etwas 3.000 ist das Minus pro Jahr. Wenn das so weiter geht – und damit müssen wir rechnen – wird es 2015 nur noch 340.000 WuppertalerInnen geben.

Das ist keine Wuppertal-spezifische Entwicklung. Außer München kämpfen alle deutschen Großstädte mit ähnli-

chen Entwicklungen. Wir meinen, die Wanderungsbilanz kann allenfalls durch einen Zuzug von MigrantInnen (aus den östlichen EU-Beitrittsländern?) verbessert werden. Das Konzept der Schaffung von mehr qualifizierten Arbeitsplätzen im Rahmen einer erfolgreichen Wirtschaftsförderpolitik muss in Wuppertal als gescheitert angesehen werden (siehe Krise der Wuppertal GmbH: 14 Mio. DM Verlust).

Die Ausweisung weiterer Gewerbeflächen war schon bisher Unsinn; er wird es noch mehr, wenn weniger Erwerbstätige in der Stadt leben und arbeiten und die Gewerbesteuer als städtische Einnahmequelle weiter an Bedeutung verliert. Und 20 Millionen DM für beleuchtete Schafweiden auf der kleinen Höhe können wir uns einfach nicht mehr leisten. Einfamilienhäuser stehen bisweilen leer, weil es ein Überange-

bot gibt. Es fehlen qualitätsvolle Wohnungen in der Stadt und auch Programme, um solche z.B. durch Zusammenlegen kleinerer Wohnungen zu schaffen. Die GWG tut da bisher zu wenig. Statt raus auf die Höhen muss die Aufwertung des Innenbereiches Vorrang haben. Damit zusammen hängen Stadtteilprojekte (Ostersbaum, Nordstadt, Oberbarmen). Hier muss die Stadt weiter investieren, wobei die Beiträge im Vergleich zur Wirtschaftsförderung lächerlich gering sind.

Die GRÜNE Fraktion befürchtet eine Reduzierung der städtischen Angebote aufgrund der sich immer weiter verschlechternden finanziellen Lage der Stadt. Wenn sich die konservative Mehrheit im Rat durchsetzt, wird dies nicht nur bei Schulen und Kindergärten der Fall sein; auch die Zahl der MitarbeiterInnen wird weiter reduziert werden.

Zu befürchten ist ebenfalls ein Abbau von ÖPNV-Leistungen; Busse werden weniger fahren, kulturelle Leistungen werden gekürzt, Schwimmbäder geschlossen werden.

Aufgrund der neuen Einnahmekrise der Stadt, z.B. der starke Rückgang an Gewerbesteuereinnahmen, fürchten wir auch um die Realisierung des Umbaus Döppersberg.

Die Regionale 2006 bietet Chancen zur Bündelung wichtiger Projekte der Stadtentwicklung. Die KommunalpolitikerInnen müssen allerdings aufpassen, dass nicht im Rahmen der Regionale kostenintensive Infrastrukturmaßnahmen realisiert werden, die sich später als zu groß oder überflüssig herausstellen.

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 563-6204 Fax: 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Bettina Brucher, Guido Gehrenbeck, Jakob Klein
Petra Lückerrath, Klaus Lüdemann, Peter Menke,
Sylvia Meyer (Redaktion), Gabriele Rohloff, Ursel Simon

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet:
Jörg Lange

Satz und Gestaltung:
Wupper-Nachrichten Verlags GmbH, Tannenbergstr. 35,
42103 Wuppertal

Druck: Verlag Bitter, Recklinghausen

Auflage: 37 030

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret,
Wiesenstraße; Theater an der Gathe;
Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Cafe Zweistein,
Bahnhof Unterbarmen; Cinema, Berliner Straße;
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;
Haus der Jugend, Geschwister-Scholl-Platz;
Lebensbaum, Sophienstraße; ASTA, Berg. Universität;
BUND, Völklinger Straße 3a.

Die Abgabe ist kostenlos!

Ratsfraktion mit neuem Gesicht

Zum 30.06.2001 legte die bündnisgrüne Stadtverordnete und Fraktionssprecherin Anja Liebert aus persönlichen Gründen ihr Ratsmandat nieder. Die Fraktion dankt Anja Liebert an dieser Stelle nochmals für ihr Engagement. Ihre Nachfolge im Rat nimmt Guido Gehrenbeck ein, der in der Ratssitzung am 02.07.2001 vereidigt wurde. Politische Schwerpunkte der Stadtverordneten (im Foto von links nach rechts):

Guido Gehrenbeck: Umwelt, Verkehrspolitik, Schutz und Ordnung, BV Uellendahl-Katernberg

Peter Vorsteher: Fraktionssprecher, Finanzpolitik, Zentrale Dienste, Besteuerungssteuerung, BV Cronenberg

Peter Menke: Stadtentwicklungspolitik, Rechnungsprüfung, Gebäudemanagement

Ursel Simon: Schulpolitik, Vorsitzende Ausschuss Frauenförderung, BV Vohwinkel

Die Stadt, der tiefe Sumpf und das lukrative Ehrenamt

■ Korruption in Wuppertal und kein Ende

Eigentlich haben es viele schon lange gewusst: Stadtverordnete sind nicht dagegen gefeit, geschäftliche Interessen und das öffentliche Ehrenamt miteinander zu vermischen.

Die Vorwürfe, die die Wuppertaler Staatsanwaltschaft gegenüber dem SPD Stadtverordneten Jürgen Specht erhoben hat, sollten sie sich denn vor Gericht bewahrheiten, sind ein harter Schlag für alle im Wuppertaler Stadtrat vertretenen Parteien.

Wo liegen die Ursachen, wenn sich Stadtverordnete mit zweifelhaften Hintergedanken in das operative Geschäft der Verwaltung einmischen; übrigens nicht nur in Wuppertal? Aus GRÜNER Sicht ist festzustellen, dass bundesweit die meisten Gelder in den Bereichen Bauen und Planen über den Tisch gehen, egal ob es um Neubau- oder Bau-erhaltungsmaßnahmen geht.

Aber was fördert solches Verhalten? Im Regelfall kann man entsprechende Seilschaften nur aufbauen, wenn man mehrere Jahre im Rat der Stadt sitzt, in den richtigen Ausschüssen und Aufsichtsräten platziert ist und mit seinem beruflichen Fachwissen für seine Fraktion unverzichtbar wird.

Wenn dann, wie in Wuppertal geschehen, die Kommunalwahlkämpfe der beiden großen Fraktionen in Wuppertal immer teurer werden, sechsstelligen Summen verschlingen, will das erst einmal herein gefahren werden, denn mit Mitgliedsbeiträgen und den bislang kleinen Spenden ist so etwas nicht zu finanzieren.

Das ist dann die Stunde der Großspender, die selbstlos bereit sind, große Summen zu zahlen, hier z.B. eine Spende von der Clees Bau- und Baugewerkschaft in Wülfrath an die SPD, Spen-

denhöhe: 250.000,- DM (siehe Rechenschaftsbericht des Bundes). Diese hohe Spendensumme und kein Entgegenkommen der SPD?

Gleiches gilt sicher auch für die CDU, die 125.000,- DM von Clees bekommen haben soll. Auch bei der CDU stellt sich die Frage, was Herr Clees für sein Entgegenkommen als Gegenwert haben wollte.

Man kann nur vermuten, dass es bei beiden großen Fraktionen um die Genehmigung und Zuschläge von und für Großbauprojekte geht: Wie Wickülerpark, Radenberg, Schaffstal und jetzt zuletzt um den Bau der Sporthalle Gathe. Wenn sich dann noch Mitarbeiter der Bauverwaltung - aus welchem Grund auch immer - an diesen Machenschaften beteiligen, ist es kein Wunder, wenn das Vertrauen der Bevölkerung sowohl in die Politik als auch

in die Verwaltung dahin schwindet. Wahrscheinlich kennen wir bisher nur einen Teil des Sumpfes. Die Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert eine vollständige Aufklärung der Korruptionsfälle. Wir müssen wissen, wie das Geflecht von Macht und Geld funktioniert, um für die Zukunft Maßnahmen zu treffen, damit so etwas nicht mehr möglich ist.

Bestechung und Korruption ist die eine Seite der Affäre. Den Schaden hat die Allgemeinheit: zweistellige Millionenverluste bei GWG und Wuppertal-GmbH. Wir wollen den Sumpf ein für allemal trockenlegen. Ohne vollständige Aufklärung des Korruptionssumpfes gibt es keinen Neuanfang für Wuppertal. Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass der Stadtrat in Zukunft allein im Interesse der Menschen in der Stadt entscheiden wird.

Millionengrab Wuppertal GmbH

■ Riesenverluste von 14 Millionen DM

1994 wurde die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Wuppertal gegründet.

Die maßgeblichen Politiker begründeten die Auslagerung der Wirtschaftsförderung (vorher war es ein Amt mit einem Ausschuss als politischem Kontrollorgan) mit den besseren Möglichkeiten, Firmen bei der Ansiedlung in Wuppertal zu unterstützen. Dahinter steckte die Hoffnung, die Arbeitslosigkeit durch Schaffung neuer Arbeitsplätze zu vermindern.

Der Geschäftsführer (Herr Busch) wurde von den Herren Specht (SPD) und Richter (CDU) ausgesucht. Unser GRÜNER Aufsichtsrat Klaus Lüdemann stimmte als einziger gegen die Bestellung von Herrn Busch. Wie wir heute wissen, hatte er ja so recht.

1995 begann die Gesellschaft in großem Stil, Gewerbeimmobilien anzukaufen. So erwarb die Wuppertal-GmbH im Dezember 1995 das Firmengelände des Bergbauzulieferers Halb- und Braun (Otto-Hahn-Str.) von der Ruhrkohle AG. So dachte jedenfalls der Aufsichtsrat der Wuppertal GmbH. In Wirklichkeit wurde die Stadtparkasse Wuppertal als Käufer zwischengeschaltet und machte bei dem Geschäft einen Gewinn von drei Millionen DM (in einer Woche!). Die Hintergründe des Geschäftes sind noch zu untersuchen - wahrscheinlich auch von der Staatsanwaltschaft.

Tatsache ist: das Grundstück ist drei Millionen weniger wert, als die Wuppertal GmbH dafür bezahlt hat. Wir meinen, die Stadtparkasse muss die drei Millionen an die Stadt zurückzahlen. Es geht nicht an, dass sich eine städtische Tochter zuungunsten einer anderen bereichert. 1998 kauft die Wuppertal GmbH das Grundstück und die Gebäude der Spedition Haarhaus in Oberbarmen, um den Betrieb vorm

Konkurs zu retten. Hier kaufte der Aufsichtsrat im wahrsten Sinn des Wortes die Katze im Sack. Aus Angst vor undichten Stellen wurden die Aufsichtsratsmitglieder nicht informiert, um welche Firma es sich handelt. Die Grundstücksgröße war in den Unterlagen doppelt so groß wie tatsächlich angegeben. Zu allem Unglück zahlte Haarhaus bald keine Miete mehr und machte dann doch Konkurs. Oberbürgermeister Dr. Kremendahl (übrigens selbst Aufsichtsratsmitglied) griff trotz Aufforderung nicht als Kommunalaufsicht ein. Wieder einmal mehrere Millionen Verlust.

Insgesamt summieren sich die Verluste der Wuppertal GmbH aus Grundstücksgeschäften auf ca. 14 Millionen DM. Da die Gesellschaft als 100%ige städtische Tochter nicht pleite gehen kann, müssen alle Wuppertaler Einwohnerinnen und Einwohner die Folgen ausbaden: 14 Millionen DM fehlen für Schulen, Kindergärten, Spielplätze, Schwimmbäder, für das Schauspielhaus. Geschäftsführer Busch wurde 1999 vom Aufsichtsrat gefeuert. In der Ratssitzung Juli 2001 wurden die Grundstücke und Gebäude auf das Gebäudemanagement übertragen.

Wir haben großes Vertrauen in das Gebäudemanagement, wenn es um die Verwaltung städtischer Schulen und anderer öffentlicher Gebäude geht. Wir haben jedoch Zweifel, ob es die Vermarktung von Gewerbeimmobilien beherrscht. Wir hätten hier lieber jemand gesehen, der Ahnung davon hat, z.B. die Landesentwicklungsgesellschaft NRW. Die Wuppertal GmbH ist ein Beispiel dafür, wie die große Koalition von CDU und SPD der Stadt nur Verluste beschert.

Wir plädieren dafür, die Wirtschaftsförderung wieder in den Kernbetrieb zurückzuholen und über einen öffentlich tagenden Ausschuss eine effektive Kontrolle zu erreichen.

Gähnende Leere – GRÜNE Bedenken gegen dieses Großprojekt bestätigen sich

Nach den Terrorakten in den USA

Anzeige

Beschluss des Partei-rates BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13. September 2001 in Berlin

1 Die entsetzlichen Angriffe, die am 11.09.2001 auf die Vereinigten Staaten von Amerika verübt wurden, waren ein menschenverachtender Anschlag gegen die Werte einer offenen, zivilen Gesellschaft, für die wir eintreten. Diese Angriffe haben weltweit lähmendes Entsetzen, Trauer, Wut, große Sorge hervorgerufen, aber auch zu einer starken Welle der Solidarität mit den Opfern, ihren Angehörigen und dem ganzen amerikanischen Volk geführt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Teil dieser Solidarität.

2 Wir unterstützen die Forderung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, dass die Verantwortlichen Massenmordes, die Organisatoren wie die Sponsoren ausfindig gemacht und zur Rechenschaft gezogen werden. Wir unterstützen die Feststellung des Sicherheitsrates, dass Terrorakte als Bedrohung des internationalen Friedens bekämpft werden müssen.

3 Die Regierung der USC hat angekündigt, dass sie hart auf die terroristische Aggression reagieren will. Sie hat zum Beispiel davon gesprochen, den Terrorismus „mit Stumpf und Stiel auszurotten“. Das hat in breiten Teilen der deutschen wie der europäischen Öffentlichkeit der Sorge Nahrung gegeben, eine zu wenig besonnene Reaktion der USA könnte am Ende die Rechnung der Terroristen aufgehen lassen, die auf eine Eskalation der Gewalt setzen. Vor diesem Hintergrund unterstreichen wir das legitime Recht der USA zur Selbstverteidigung auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen. Glaubwürdig ist rechtsstaatliche Demokratie aber nur, wenn sie bei der Ermittlung und Bestrafung der Täter ihre eigenen Prinzipien nicht verletzt. Das Völkerrecht deckt Rache nicht ab; eine davon geprägte Eskalationsstrategie lehnen wir ab. Jedes mögliche Vorgehen muss begleitet werden von einem politischen Konzept, das über den Tag hinausweist und ein Angebot enthält zur wirksamen Behandlung der Konflikte, aus denen sich die Gewalt speist. Wir fordern eine grundsätzliche Neuausrichtung der Sicherheitspolitik. Dabei muss im Vordergrund stehen, wie neuen globalen Bedrohungen durch Krisenprävention, durch zivile Konfliktbearbeitung, durch die Schaffung globaler Gerechtigkeit und die faire Lösung von Regionalkonflikten begegnet werden kann.

4 Die USA haben sich nach der nationalen Tragödie an den NATO-Rat gewandt mit dem Antrag nach Artikel 5 des Washingtoner Vertrages den Bündnisfall festzustellen. Der NATO-Rat hat am 12.09.2001 einstimmig für den Fall, dass die Ermittlungen zu den Terroranschlägen ergeben, dass diese von außerhalb der USA gesteuert wurden, die Anwendung des Artikel 5 des NATO-Vertrages festgestellt. Zum ersten Mal hat die NATO damit einem Mitglied formell Hilfe gegen einen bewaffneten Angriff zugesagt, militärische Hilfe gegebenenfalls eingeschlossen. Dem hat auch die Bundesregierung zugestimmt. Dies war eine sehr schwere Entscheidung. Aber: Angesichts der terroristischen Angriffe auf US-Bürgerinnen und Bürger können wir der Inanspruchnahme des Bündnisfalles nicht widersprechen.

5 Die Annahme des Bündnisfalles bedeutet nicht schon eine Entscheidung für die Teilnahme an militärischen Planungen oder Aktionen der USA. Die Annahme des Bündnisfalles hebt nicht die Verpflichtung der deutschen Seite auf, in eigener Verantwortung und unter Beachtung der verfassungsmäßigen Regeln wie insbesondere des Parlamentsvorbehaltes selbst zu entscheiden, welche Hilfe mit welchen Mitteln sie für notwendig hält, um

die Sicherheit wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten.

6 Die weltweite Betroffenheit, die durch die terroristische Gewalt ausgelöst wurde, hat plastisch deutlich gemacht, wie weit die Welt, in der wir leben, zu einer Welt zusammenwächst. Wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche, diese Betroffenheit auszuschlachten, um mit Strategien der Abschottung, der nationalen Borniertheit und Fremdenfeindlichkeit autoritäre Politik zu betreiben. Zivile und offene Gesellschaften vertragen keinen Kampf der Kulturen. Sie beruhen auf der Vielfalt der Kulturen und der Religionen. Jedes Versäumnis im

Dialog der Kulturen, vor allem mit der islamischen, jedes Versäumnis bei der Verbesserung der Lebensbedingungen in jenen Ländern, die heute Brutstätten des Terrorismus sind, holt uns ein. Abschottung ist eine rückwärtsgerichtete Illusion. Wir stehen weiter zu unserer Vision einer Völkergemeinschaft weltoffener Demokratien. Dazu gehört nicht nur die Bereitschaft, zur Verteidigung einer weltoffenen Demokratie dem Terrorismus zu widerstehen. Es gehört auch dazu, ihm den politischen Boden zu entziehen durch Förderung von Menschenrechten, Demokratie, Toleranz und internationaler Gerechtigkeit. Dafür treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein.

Ratschronik vom 2.7.2001

Denkmalschutz der Schwimmoper

Die gesamte Schwimmoper steht unter Denkmalschutz, die Außenfassade und auch der gesamte Innenbereich. Für die GRÜNE Fraktion war dies der Anlass die Verwaltung zu fragen, ob die verschiedenen Nutzungskonzepte, die jetzt in der aktuellen Diskussion sind, nicht gegen den Denkmalschutz verstoßen würden. Die Antwort der Verwaltung war kurz und bündig: im Grundsatz ja, der Rheinische Verein für Denkmalpflege konnte jedoch noch nicht dazu Stellung nehmen...

Anfrage zur Luhnsfelder Höhe

Die GRÜNE Fraktion wollte wissen, ob der aktuelle Sachstand der Bauleitplanung Luhnsfelder Höhe den Zielen der Landes-Raumordnung angepasst sei und ob die Planungsabsichten mit der Landesbehörde erörtert wurden.

Die Antwort der Verwaltung lautet: nein, die Planungen sind den Raumordnungszielen nicht angepasst. Die Landesplanung hat im Gegenteil auf die große Bedeutung des Regionalen Freiraumsystems hingewiesen und zu bedenken gegeben, dass im Falle einer Bebauung eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsraumes Gelpetal zu erwarten sei. Eine Erörterung mit dem Land sei noch nicht erfolgt.

Die GRÜNE Fraktion sieht hier Chancen, dass es nicht zu einer Wohnbebauung der Luhnsfelder Höhe kommt und wird sich in gewohnter Weise dafür einsetzen.

Deponie Eskesberg – Alllastensanierung

In einem umfangreichen Fragenkatalog erbat die GRÜNE Fraktion Aufschluss über die Kosten der Realisierung der Fläche Eskesberg als Gewerbegebiet (Erschließung, Entwässerung, Sanierung etc.). Die Antwort der Verwaltung: die Summe beläuft sich auf 2,765 Mio. DM.

Die Sanierung der Deponie ist vor allem notwendig, um langfristig schädliche Auswirkungen auf das Grundwasser zu vermeiden. Üblicherweise werden für solche Maßnahmen Mittel vom Land bewilligt. Keinesfalls wird es jedoch NRW-Gelder geben, wenn das Gelände als Gewerbegebiet entwickelt wird.

Die Flora, Fauna und insbesondere der Biotopverbund wären durch die Bebauung zumindest extrem gefährdet.

Entsprechend stimmte die GRÜNE Fraktion gegen die Ausweisung des Eskesberg als Gewerbegebiet.

Bäderzielplanung

Auf Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion beschloss der Rat, die zuletzt 1990 durchgeführte Bäderzielplanung fortzuschreiben. An der ergebnisoffenen Beratung werden

alle am Schwimmsport Beteiligten einbezogen. Ein Entwurf wird dem Rat der Stadt in der September-Sitzung vorgelegt.

Gewerbegebiet Korzert

Die GRÜNEN hatten keine Einwände gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes des Gewerbegebietes Korzert, um die Erwerbsarbeitsplätze in Wuppertal zu halten. Die Fraktion stimmte jedoch gegen das auch in der Öffentlichkeit stark umstrittene Hochregallager.

Ausbau der A 46

Die GRÜNE Fraktion stimmte gegen den Ausbau der A 46 von Haan-Ost bis Bauwerk Westring, befürwortete jedoch die in dem Beschluss angeführten Lärmschutzmaßnahmen.

Wuppertaler Aufruf

Der vom Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz initiierte Wuppertaler Aufruf beinhaltet im Kern, Natur und Landschaft in großen Städten zu erhalten. Im Mai wurde er erstmals während einer Veranstaltung gegen Wohnbebauung auf der Luhnsfelder Höhe (siehe DIESE GRÜNEN Nr. 46) der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Fraktion brachte den Wuppertaler Aufruf als Antrag in den Rat ein; bis auf eine Stimme aus der SPD stimmten die großen Fraktionen sowie die FDP dagegen, obwohl sich der Aufruf in vollständigem Einklang mit der Landesgesetzgebung befindet. Die GRÜNEN sind darüber nicht allzusehr verwundert, ist doch die Politik der letzten Jahre mehr und mehr dazu übergegangen, schutzbedürftige Landschaften und Grünzüge zugunsten von Wohnbebauung und Gewerbegebieten zu opfern.

"In die Stadt – ohne mein Auto!"

Wie schon im letzten Jahr stellte die GRÜNE Fraktion den Antrag, dass sich Wuppertal an dem europaweiten Aktionstag "In die Stadt ohne mein Auto!" beteiligen möge. Die CDU hatte schon im letzten Jahr per Pressemitteilung verkündet, dass sie "keine chinesischen Verhältnisse" – wohl in der Angst vor zu viel Fahrradnutzern – wolle und hatte mit der FDP den Antrag abgelehnt. In diesem Jahr erging es unserem Antrag genau so. Die CDU formulierte den Antrag, den sie mit der FDP mehrheitlich beschloss: weder der Rat der Stadt noch die Stadtverwaltung beteiligen sich an dem Aktionstag.

Neustrukturierung der Wuppertal GmbH

Der GRÜNE Antrag, mit der Landesentwicklungsgesellschaft zu verhandeln, um

sie zur Übernahme oder Vermarktung der Immobilien der Wuppertal GmbH zu bewegen, fand nur die Unterstützung der PDS, alle anderen Fraktionen stimmten dagegen. Wir wollten mit dem Antrag erreichen, dass die Fehler der Wuppertal GmbH aus der Vergangenheit sich nicht wiederholen lassen. Stattdessen beschloss der Rat, die Immobilien und die damit verbundenen Verluste aus den Grundstücksgeschäften dem Gebäudemanagement aufzubürden. Die GRÜNEN befürchteten eine Überforderung des Gebäudemanagements mit dieser Aufgabe, sind doch für die Vermarktung von Immobilien vielfältige bundesweite Kontakte notwendig.

Zukünftig werden die Grundstücksgeschäfte von einem Aufsichtsrat mit nur 3 Mitgliedern kontrolliert. Die Geschäftspolitik der Wirtschaftsförderung bleibt hinter verschlossenen Türen. Öffentliche Diskussionen, wie sie bis 1994 im Ausschuss für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung möglich waren, werden dadurch verhin-

dert. Damit vergaben CDU, FDP und SPD die Chance auf mehr Transparenz in der Politik; wie sie die GRÜNEN seit Jahren einfordern.

Antrag auf Fortschreibung der Wohnbedarfsanalyse

Der Antrag der GRÜNEN wurde mehrheitlich vom Rat für erledigt erklärt. Wir wollten erreichen, dass die Ergebnisse des Gutachtens Berücksichtigung in der Entscheidung über die Ausweisung weiterer Flächen für Einfamilienhäuser/Reihenhäuser finden, deren Nachfrage in Wuppertal stark rückläufig ist. Momentan wird trotzdem weitergebaut und damit ein wachsender Leerstand produziert. Die GRÜNEN wollten mit diesem Antrag verhindern, dass Freiflächen für leerstehende Häuser geopfert werden.

Bürgerbegehren Lienhardplatz

Das Bürgerbegehren aus Vohwinkel, den Lienhardplatz weiterhin autofrei zu halten, wurde mit fadenscheinigen, juristisch nicht nachvollziehenden Argumenten als unzulässig abgelehnt. Der Redner der Bürgerinitiative "Rettet Vohwinkel" führte aus, dass die Entscheidung über den Lienhardplatz in der Bezirksvertretung liegt, da

es in der Auseinandersetzung einzig um die Schaffung von Parkplätzen geht. Die eingereichten Unterschriften übersteigen die Mindestzahl für Vohwinkel weit, Dekungsvorschläge über Kosten müssen nicht genannt werden, weil keine Kosten bei der Verhinderung eines Parkplatzes entstehen. Der Rat entschied jedoch mehrheitlich, dass die Entscheidung in der Kompetenz des Rates liege. Die GRÜNEN, die die Bürgerinitiative sehr unterstützen, bedauern diese Entscheidung sehr.

Vorläufig kein Verkauf der GWG

Der Antrag von CDU und FDP, ein Bieterverfahren einzuleiten, um den Verkauf der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft mbH (GWG) einzuleiten, wurde mangels Mehrheit abgelehnt. Dies konnte nur möglich sein durch Ablehnung einer/ eines Stadtverordneten aus den eigenen Reihen (33 Ja-, 33 Neinstimmen wurden abgegeben), da die Konservativen in der Regel über eine Stimme Mehrheit im Rat verfügen. Dies kann nur vermutet werden, denn die Abstimmung verlief geheim.

Nach Bekanntgabe des Ergebnisses ging das Entsetzen in den Reihen von CDU und FDP um, die Sitzung wurde unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Beratung zu geben. Wuppertal ist noch einmal mit einem blauen Auge davon gekommen, wir sind uns jedoch sicher, dass CDU und FDP wieder einen Antrag zum Verkauf der GWG einbringen werden, obwohl das durch sie in Auftrag gegebene PWC-Gutachten analysiert, dass ein Verkauf frühestens in 5 Jahren Sinn machen würde, abgesehen von der nicht hoch genug einzuschätzenden sozialpolitischen Bedeutung der GWG in unserer Stadt.

Eckwerte für das Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2002

Der Verwaltungsvorschlag legte dem Rat der Stadt die Eckwerte des HSK vor.

Da alle Fraktionen Änderungsanträge stellten, wurde ein Mammutverfahren daraus.

Die GRÜNE Fraktion beantragte unter anderem, auf die Schließung der Stadtgärtnerei zu verzichten (abgelehnt), die Zuschüsse für das Kulturbüro nicht zu kürzen (abgelehnt), das Regionalbüro nicht zu reduzieren (abgelehnt), auf den Umweltschutzpreis nicht zu verzichten (einstimmig beschlossen), den Zuschuss zum Ticket 2000 nicht zu streichen (ebenfalls abgelehnt). Viele Anträge wurden zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen. Als Zwischenbilanz und Hinweis auf die Haushaltsberatungen müssen wir konstatieren, dass das strukturelle Haushaltsdefizit der Stadt so gravierend ist, dass es aus eigener Kraft nicht bewältigt werden kann.

Ratschronik vom 3.9.2001

Einbringung des Haushaltes 2002/2003

Oberbürgermeister Dr. Kremendahl und Stadtkämmerer Dr. Slawig brachten in jeweils 45minütigen Reden den Haushaltsentwurf für die nächsten zwei Jahre ein.

Die Eckdaten übertreffen die schlimmsten Befürchtungen über die finanzielle Situation der Stadt. In den kommenden zwei Jahren werden 87 Mio. DM neues Defizit pro Jahr erwartet.

Niemand geht mehr davon aus, dass die Stadt aus eigenen Kräften das Defizit abbauen kann.

Schon zu Jahresbeginn musste Dr. Slawig zur vorläufigen Haushaltsführung zurückkehren, da sich Mindereinnahmen von ca. 80 Mio. DM durch gravierende Steuermindereinnahmen und ein Rückgang der allgemeinen Zuweisungen abzeichneten. Hinzu kommen aktuell Einbrüche in den Gewerbesteuererträgen.

OB Kremendahl sieht die Situation der Gemeindefinanzen als Ausdruck „einer offenbar strukturell bedingten Missachtung der Bedeutung der Städte und Gemeinden für Daseinsvorsorge und öffentliche Investitionen“. Alle Fraktionen waren sich schon im Vorfeld einig, dass eine Gemeindefinanzreform dringend notwendig ist. Z.B. durch konse-

quente Anwendung des Konnexitätsprinzips: wenn auf Bundes- oder Landesebene Gesetze beschlossen werden, muss auch von dort die Finanzierung erfolgen und könnte nicht den Kommunen als zusätzliche Ausgabe aufgebürdet werden.

Die vom Verwaltungsvorstand erarbeiteten Vorschläge des Haushaltssicherungskonzeptes sind angesichts der katastrophalen Zahlen kaum ausreichend; sie würden in 2002 17,8 Mio. DM und in 2003 15,2 Mio. DM an Einsparungen bedeuten.

Die Einnahmen der Stadt aus Gewerbesteuererträgen mindern sich 2001 um über 50 Mio. Mark – diese Tendenz wird in den nächsten Jahren nicht unbedingt positiver ausfallen.

Zum Zahlenwerk: Der Verwaltungshaushalt sieht für 2002 Einnahmen in Höhe von 1,65 Milliarden Mark und Ausgaben in Höhe von 1,98 Milliarden Mark vor. Im Jahr 2003 werden Einnahmen von 1,7 Milliarden und Ausgaben von 2,2 Milliarden Mark erwartet.

Ein Zitat des Oberbürgermeisters macht deutlich, welche Zukunft Wuppertal erwartet: „Die Zeiten, in denen Sparmaßnahmen niemandem wehtun, sind vorbei.“

Deutlich ist, dass Wuppertal nicht aus

sich selbst heraus das Defizit bewältigen kann. Ob eine Verfassungsklage Erfolg hat, ist unklar, klar ist jedoch, dass diese Entscheidung erst nach einigen Jahren gefällt wird.

Zunächst leiht sich die Stadt Geld. Im Bereich des Verwaltungshaushaltes wird die Gesamtsumme der Kassenkredite auf 1 Milliarde DM insgesamt steigen.

Für einen strukturellen Ausgleich des Defizites müssten weitere 50 Mio. DM eingespart werden. Eines ist klar: die Haushaltsberatungen der Stadt werden die härtesten, die jemals in Wuppertal geführt wurden. Falls noch weitere finanzielle Belastungen auf die Stadt zukommen, ist es durchaus wahrscheinlich, dass der Regierungspräsident den Haushalt nicht genehmigen wird.

Wuppertaler Agenda 21

Seit 1995 arbeitet die Stadt Wuppertal an der Entwicklung und Fortschreibung eines Handlungsprogramms Zukunftsfähiges Wuppertal, das im vergangenen Jahr einstimmig vom Rat beschlossen wurde.

Dieses Handlungsprogramm soll die Basis sein für eine nachhaltig ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung unserer Stadt. 1997 wurde

unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Dr. Kremendahl ein Kuratorium für die Wuppertaler Agenda 21 einberufen, das den Agenda-Prozess begleitet und ihn in der Öffentlichkeit vertreten sollte. Es setzte sich zusammen aus VertreterInnen der Politik, gesellschaftlichen Initiativen, Organisationen, Institutionen, Verbänden, Vereinen und Unternehmen. Ein Gremium also, das die Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppierungen am Agenda Prozess - wie 1992 beim Umweltgipfel in Rio gefordert - sicherstellte.

Unverständlich, dass CDU und FDP dieses Kuratorium abschafften und stattdessen außerordentliche Ratssitzungen zum Thema Wuppertaler Agenda versprochen. Stattgefunden hat nun erstmals am 03. September eine solche Ratssitzung. Doch statt sich in dieser Sitzung voll auf den Agenda Prozess zu konzentrieren, wurde im ersten Teil der Ratssitzung der Haushaltsentwurf 2002/2003 eingebracht und anschließend in 1,5 Stunden Stellungnahmen zur Wuppertaler Agenda 21 von unterschiedlichen Akteuren abgegeben.

Nachdem Henry Beierlorzer über die Regionale 2006 referierte, sprachen Paul Peter Muckenaupt von Muckenaupt & Nusselt, Dr. Frieder Kraus von DuPont Performance Coatings (ehem. Herberts) und Dr. Heinz Bahn Müller von der Bayer AG über ihre Aktivitäten im Bereich der Wuppertaler Agenda 21. Ihnen folgten Karsten Hackländer von

der Arbeitsgemeinschaft Eine Welt, Haimo Bullmann vom Rheinischen Verein für Denkmalschutz und -pflege sowie last but not least Christian Limbach als Vertreter der Wuppertaler Umweltverbände. Obwohl das für diese Ratssitzung verantwortliche Umweltmanagement der Stadt noch vielen anderen VertreterInnen verschiedener Initiativen und Organisationen das Wort erteilen wollte, im Vorfeld Gespräche mit den Initiativen geführt hat, wurde kurzfristig vom Verwaltungsvorstand umdisponiert und sieben RednerInnen aus Zeitmangel das Wort entzogen. Sieben z.T. ehrenamtlich arbeitende VertreterInnen, die viel Zeit und Mühe investiert haben, um vor dem Rat der Stadt Wuppertal über ihre Arbeit im Bereich der Agenda 21 zu berichten. Wir finden, dass so nicht mit aktiven Bürgerinnen und Bürgern umgesprungen werden kann. Dass unser Fraktionssprecher Peter Vorsteher spontan auf seinen eigenen Redebeitrag verzichtete und den Beitrag des Arbeitskreises Arrenberg vortrug, wurde zwar von den Initiativen honoriert, doch konnte dies die Enttäuschung der Betroffenen natürlich nicht wirklich lindern. Der Agenda Prozess lebt von dem Engagement aller aktiven Bürgerinnen und Bürger, deren Arbeit jedoch nun eklatant missachtet wurde.

Wir hoffen, dass in der nächsten Sitzung des Rates zur Wuppertaler Agenda Anfang 2002 dieser Missstand nicht wiederholt wird.